

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

Nr. 323  
14.12.2006

### **Verfassungsrechtliche Bedenken ernst nehmen - LKH-Verkauf stoppen**

**Ross-Luttmann betreibt krummes Geschäft**

Die Landtagsgrünen haben Sozialministerin Ross-Luttmann vorgeworfen, beim geplanten Verkauf der Landeskrankenhäuser "unverantwortlich und leichtfertig" zu handeln. Die Stellungnahme des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zur geplanten Änderung des Maßregelvollzugs sei "eine schallende Ohrfeige für die Ministerin", sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Ursula Helmhold** am (heutigen) Donnerstag in Hannover.

"Die mehrfach vorgetragenen verfassungsrechtlichen Bedenken werden bestätigt und die gesamte Verkaufsplanung gerät damit ins Zwielficht. Wir fordern Ministerin Ross-Luttmann auf, dieses krumme Geschäft zu stoppen." Andernfalls würde die Landesregierung sehenden Auges die vierte Abmahnung von einem Verfassungsgericht kassieren; zum Schaden des Landes, der Patienten und der Beschäftigten, sagte die Grünen-Politikerin. "Und das entspricht dann allenfalls noch dem Gesetz der Serie."